

ANSICHTEN-AUSSICHTEN

◀ **Radspuren
an der Fredersdor-
fer Straße**

Seite 2 >>>

◀ **Straßenrei-
nigung: Kann das
Neuenhagen allein
besser? Seite 3 >>>**

◀ **Einwände
zur Energiewende**

Seite 4 >>>

Von FAIRWOHNEN zu FAIRENERGIE

**Von Dr. Dagmar
Enkelmann**



Die Preise für Strom und Heizung stellen immer mehr Familien vor existenzielle Fragen. Die Energierechnung wächst deutlich schneller als Lohn oder Rente.

Einsparungen beim Verbrauch machen sich für den Endverbraucher kaum bemerkbar. Auch der oft gegebene Rat, doch den Stromanbieter zu wechseln, bringt höchstens eine Zeitlang Entlastung. Ganz abgesehen davon, dass so genannte Billig-Stromer häufig mit unseriösen Geschäftspraktiken von sich reden machen. Auf den Markt zu vertrauen, lohnt auch hier nicht. Das weiß ich als Kommunalpolitikerin und aus meiner parlamentarischen Arbeit in Land und Bund sehr gut. Es aber weiter so laufen zu lassen, bedeutete Ausgrenzung großer Teile der Bevölkerung von zivilisatorischen Errungenschaften. Die Versorgung mit Energie ist eine zutiefst soziale Frage. Sie gehört zur öffentlichen Daseinsvorsorge.

Der Staat kann beim Strompreis auch eine Menge tun. So stammen die Mehrkosten für private Haushalte nur zu einem Drittel aus dem Ausbau erneuerbarer Energien. Die anderen zwei Drittel sind unter anderem der Subventionierung der energieintensiven Industrie geschuldet. Dieser wird nicht nur die EEG-Umlage erlassen, sondern sie können sich auch Netzentgelte oder die Offshore-Kosten „sparen“. DIE LINKE will diese Umverteilung von den privaten zu den Großverbrauchern beenden. Zu den Begünstigten zählen übrigens auch Unternehmen, wie eine Fast-Food-Kette oder Betreiber von Golfplätzen. Es ist nicht einzusehen, warum diese über den Strompreis gefördert werden wollen. Um kurzfristig zu helfen, fordert DIE LINKE eine Senkung der Stromsteuer für private Haushalte. Längerfristig sollen Sozialtarife, die auch ein Verbot von Stromsperren einschließen, eine preiswerte Versorgung für alle Haushalte sichern. Notwendig ist weiter eine wirksame Strompreisaufsicht. DIE LINKE hat darüber hinaus umfassende Vorschläge zu den Netzentgelten, zur Kommunalisierung und Regionalisierung der Energieversorgung gemacht. Aber auch die Bürgerinnen und Bürger selbst können etwas tun: Der Boom bei den Erneuerbaren bietet gute Chancen, um Energiegenossenschaften zu gründen oder Stadtwerken neuen Schwung zu verleihen. Dafür setzen sich die Politiker der LINKEN ein. Zu FAIRWOHNEN gehört auch FAIRENERGIE.



*Allen Leserinnen
herzliche Glückwünsche
zum Internationalen Frauentag!*

© Gerd Altmann / pixelio.de

Links unten

Im Schatten des Friedens-Nobelpreises, den sich die EU „verleihen“ ließ, wurde die Chefdiplomatin Catherine Ashton beauftragt, bis Ende November 2012 ein Konzept für eine „Mali-Mission“ vorzulegen. Die sieht vor, über einen Zeitraum von vier bis sechs Monaten malische und afrikanische Truppen zu trainieren. Am 12. Oktober hatte der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen einem internationalen Militäreinsatz in Mali zugestimmt.

Wozu dieser „Aufwand“, was steckt dahinter?

Die Resolution des UN-Sicherheitsrates stammt aus Frankreich, ihr offizieller Vorwand für die Kriegsvorbereitungen ist die Machtübernahme durch Islamisten im Norden Malis.

Kaum genannt wird die Tatsache, daß Frankreich in Mali und Niger in bedeutenden Größenordnungen Uran für seine Atomkraftwerke abbaut. Im Grenzgebiet zu Senegal

entdeckte der französische Atomkonzern Cogema-AREVA Uran-, Kupfer- und Bauxitvorkommen. Die britische Oklo Uranium Ltd. baut seit 2007 Uran bei Kidal und Phosphat bei Gao ab. Die kanadische Great Quest Metals Ltd. verkündete im Oktober 2012 den Abbau von Phosphat im Tal von Tilemsi voranzutreiben. Weiter geplant ist der Abbau von Mangan, wovon in Mali 10 Millionen Tonnen liegen. Das modernste Projekt im Mali ist die Kodieran-Goldmine. Betrieben von der malischen Wassoul'Or S.A., hält die in Frankfurt/Main ansässige Gesellschaft „Pearl Gold“ 25 % Anteile! Für die Erschließung dieser Mine verloren 43 Dörfer ihr Land. Und für die von der britisch-amerikanischen BHP Billiton, später der Société Des Mines De Syama S.A. erschlossene Goldmine von Syama bei Fourou, verloren 121 Dörfer ganz oder teilweise ihren Lebensraum. Auch der russische Konzern „Rusal“ zieht aus den afrikanischen Rohstoffen Guineas seinen Profit.

Nach dem Sturz von Gaddafi strömten viele, teilweise schwer bewaffnete Tuaregs nach Mali zurück. Sie wurden von Islamisten begleitet, die die Nato in Libyen im Kampf gegen Gaddafi unterstützt hatte. Diesen „Zurückkehrenden“ gelang es, weite Teile des Nordens unter ihre Kontrolle zu bringen, schließlich übernahmen die Islamisten die alleinige Herrschaft.

Frankreich und die USA wollen ihren Einfluss in Westafrika weiter ausbauen und den chinesischen Einfluss zurückdrängen. Deutschland will seinen Großmachtstatus unter Beweis stellen und dabei Frankreich und den USA auf keinen Fall das Feld überlassen.

Sind das nicht würdige Empfänger von Friedensnobelpreisen?

Heinz Scharf



Standpunkt zur Baumaßnahme

„Ausbau Fredersdorfer Straße inklusive Kreisverkehr“ gemäß Information in Beratung des Bürgervereins Bollensdorf am 02.02.2013

Insgesamt ist die Lösung sehr zufriedenstellend, vor allem der Kreisverkehr und die Anbindung an die Bollensdorfer Allee in Fredersdorf. Deckenausbildung, Entwässerung und Beleuchtung sind akzeptabel. Wie bereits am 02.02. diskutiert, ist die Situation für Radfahrer im Abschnitt zwischen Schäferplatz und Kreisverkehr gemäß Planung unbefriedigend. Da bis zum Baubeginn noch 2,5 Monate verbleiben, schlagen wir folgende Änderungen im Interesse der Radfahrer vor:

1. Die 6,00 m breite Fahrbahn erhält auf beiden Seiten einen 1,00 m breiten Zusatzstreifen mit vorrangiger Nutzung für Radfahrer.
2. Mit höhengleicher, aber optisch sichtbarer Anbindung an die Fahrbahn durch Gefällemulde (am Gefälletiefpunkt) analog der Ausführung in der Fichtestraße oder durch höhengleichen Randbord an der Gegenseite.
3. Bei derzeit ca. 1,90 m Abstand vom Hochbord zu den Bäumen dürfte eine ausreichende Einordnungsmöglichkeit vorhanden sein.
4. Die Straßenbegleitstreifen erhalten den gleichen Asphaltbelag wie die Straße, jedoch einen minimierten Aufbau entsprechend der Nutzung.
5. Die Baumwurzeln lassen zur Zeit kein Hindernis erkennen. Wenn erforderlich, kann die Fahrbahnnormate gegenüber dem Istzustand angehoben werden, was gleichzeitig einen Einsparungseffekt hinsichtlich der Massenbewegung mit sich bringen würde. Hinzu kommt ein Gefälle der Radfahrstreifen mit ca. 2 % zur Fahrbahn.

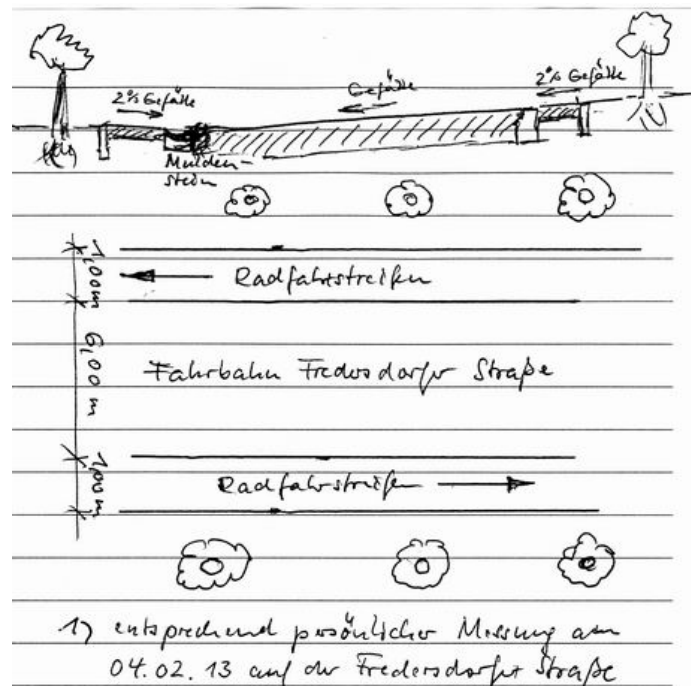
- Effekt: Mit zu vertretendem Mehraufwand sichere Führung der Radfahrer (auch Elektrorollstuhlfahrer) ohne Behinderung des Hauptverkehrs.

- Nachbemerkungen: Im gesamten Kreisverkehr sind Rad- und Gehwege anzulegen.

Dem Argument der Veränderungsbürokratie (Kreisstraßenbaubehörde u.ä.) können wir angesichts des erreichbaren Effekts und der verbleibenden 2,5 Monate bis zum Baubeginn nicht folgen.

Bernhard Sohr

Ideenbüro Bürgerverein Neuenhagen Zentrum



Was ist es, was soll es, wer macht es?

- Eine Annäherung an Plan B -

zitiert aus dem Dokument

Ziel des Projektes ist ein neues Gesellschaftsmodell, das uns eine Wirtschafts- und Lebensweise ermöglicht, in der Gerechtigkeit, ökologische Grenzen und demokratische Teilhabe verbunden werden können.

Als ein wesentliches Instrument der Umgestaltung dient das zu installierende Umwelt-Transaktions-Einkommen (UTE-Fonds genannt). Es soll ökologische Verhaltensweisen belohnen und gleichzeitig die soziale Gerechtigkeit befördern. (Detaillierte Ausführungen dazu später.)

Vier Prinzipien werden zu Orientierungspunkten des Projektes erklärt:

- Gleichheit statt Klassenspaltung
- Teilhabe statt Unsicherheit
- Politische Lenkung statt schrankenloser Marktmacht
- Mehr Demokratie statt Kungelei

Die Umgestaltung von vier Bereichen (Energie, Industrie, Mobilität und Agrar) werden beschrieben. Dabei wird jeweils fiktiv die Situation im Jahr 2050 beschrieben. (In der ausführlichen Fassung wird dann erklärt, wie es ausgehend vom Basisjahr 2010 dazu gekommen ist.)

Hier mal Auszüge aus dem Absatz „Mobilität für Alle mit weniger Verkehr“:

Ein großer Teil der Verkehrsmittel befindet sich im öffentlichen Eigentum, die Deutsche Bahn AG ist eine Anstalt des öffentlichen Rechts geworden.

Das Grundrecht auf Mobilität wird durchgesetzt. Die Tarife sind so zu gestalten, dass jeder sich den Zugang leisten kann. Barrierefreiheit und kindergerechte Gestaltung sind zu sichern.

Wenige (neue) Hochgeschwindigkeitsstrecken zwischen den großen Ballungsräumen sowie perfekte Verbindungen können den innerdeutschen Luftverkehr und in die Nachbarstaaten auf ein ökologisch vertretbares Maß reduzieren. Sogar ein vollständiges Nachtflugverbot kann durchgesetzt werden.

Fußgänger und Radfahrerinnen sind gleichberechtigt.

Im Gegensatz zur Bundesregierung und auch der anderen Oppositionsparteien ist DIE LINKE der Ansicht, dass eine Erneuerung der Form der Arbeit, der Produktion und Verteilung nötig ist, um die immensen ökologischen Herausforderungen zu bewältigen.

Unter www.plan-b-mitmachen.de finden Sie den Plan B im Wortlaut und erste Meinungsäußerungen dazu. **W.N.**





Das Hauptthema am 22. Januar im Verwaltungsrat und Wirtschaftsausschuss (VWA) war die Kommunalisierung der Straßenreinigung, der Laubentsorgung, der Grünflächenpflege und des Winterdienstes. Auslöser waren die Probleme der Laubentsorgung und Straßenreinigung im Jahr 2011.

Auf der Ausschusssitzung ging es um die möglichen Organisationsformen, wenn die Gemeinde diese Leistungen in Eigenregie oder im Verbund mit den Nachbargemeinden erbringen will. Der Vorschlag der Links-Fraktion, hierzu einen Zweckverband zu gründen, fand keine Mehrheit. Vielmehr sollte die Gemeinde überlegen, in welchem Umfang sie diese Aufgaben künftig selber übernehmen kann, anstatt sie mit wechselndem Erfolg und steigenden Kosten privaten Dienstleistern zu übertragen. Soweit das Ergebnis.

In der Diskussion wurde deutlich, dass es sich hierbei auch um komplizierte Rechtsfragen handelt, deren Verständnis eine gründliche Befassung voraussetzt:

- Kommunale Selbstverwaltung versus Übertragung von hoheitlichen Aufgaben an einen Zweckverband,
- Möglichkeiten der Einflussnahme der Gemeinde auf den Zweckverband,
- Einhaltung der Reinigungsstandards bei Eigenleistung und beim Zweckverband,
- Synergieeffekte durch den Zweckverband gegenüber der Eigenleistung,

Zu diesen Punkten sind im Vorschlag der Links-Fraktion Darlegungen gemacht worden. Hier soll deshalb auf die Gegenargumente näher eingegangen werden.

Das Prinzip der **kommunalen Selbstverwaltung** wird durch einen Zweckverband nicht in Frage gestellt. Der Wasserverband Strausberg-Erkner (WSE) ist ein solcher Zweckverband der gegründet wurde, weil die Wasserver- und entsorgung nur bei einem entsprechend großem Einzugsgebiet wirtschaftlich erbracht werden kann, wozu eine einzelne Gemeinde wie Neuenhagen nicht in der Lage wäre. Mit dem Beitritt Neuenhagens zum WSE wurde eine hoheitliche Aufgabe lediglich an einen kommunalen Zweckverband abgegeben.

Die **Einflussnahme einer Gemeinde** auf einen von ihr mitgegründeten Zweckverband ist gesetzlich geregelt. In der Verbandsversammlung, dem obersten Organ, hat die Gemeinde Stimmrecht. In der Satzung kann auch ein Vetorecht verankert werden. Damit ist eine umfassende Einflussnahme gesichert. Warum das in der Diskussion mit einer unflexiblen Planwirtschaft (à la DDR?) in Verbindung ge-

bracht wurde, ist unverständlich.

Mehr Substanz hat dagegen die unterschiedliche Bewertung, ob die **Reinigungsstandards** im Zweckverband oder bei Eigenleistung besser eingehalten werden. Die Verwaltung argumentiert, dass bei Mängeln die Bürger sich bei ihr beschweren. Sie kann dann nur an den Zweckverband weiterleiten und hat damit Mehraufwand. Das mag für den Anfang so sein, doch wenn es sich mit der Zeit festsetzt, dass hierfür der Verband zuständig ist, wird sich der Bürger direkt an diesen wenden – so wie jetzt bereits beim Wasser und beim Müll. Ansonsten hängt die Qualität der Arbeit vom eingesetzten Personal und von der zur Verfügung stehenden Technik ab. Ein Verband mit seinem dafür errichteten Zweckbetrieb kann aber mehr Ressourcen einsetzen als eine einzelne Gemeinde. Deshalb bietet die Eigenleistung für die Einhaltung der Reinigungsstandards gegenüber dem Zweckbetrieb keinen Vorteil.

Interessant ist auch die Betrachtung der **Synergieeffekte** bei einem Zweckverband gegenüber vieler Eigenleistungen. Hier wurde argumentiert, dass das Laub und der Schnee in den benachbarten Gemeinden des Zweckverbandes ja gleichzeitig anfällt. Deshalb kann keine ressourcensparende Staffelung der Arbeiten wie bei der Straßenreinigung erfolgen. Ist das wirklich so? Gibt es nicht bereits heute bei der Laubentsorgung versetzte Zyklen, da ja nicht alles Laub auf einmal anfällt? Anders ist es beim Winterdienst. Hier entsteht sofort und überall die Pflicht zur Abstumpfung und Beräumung der öffentlichen Verkehrswege. Bisher hatten das die örtlichen Bauhöfe mit Unterstützung privater Winterdienste ganz gut im Griff. Und so kann es auch bleiben, wenn die örtlichen Ressourcen und die privaten Winterdienste im Zweckverband koordiniert werden.

Der sich in der Diskussion am schwierigsten darstellende Punkt waren die **Fragen zur Organisation und Finanzierung eines Zweckverbandes**. Heute erhält jeder Grundstücksbesitzer in Neuenhagen mit dem Grundsteuerbescheid gleichzeitig den Bescheid für die Straßenreinigungsgebühren. Letztere würden dann vom Zweckverband auszustellen sein, was für diesen Aufwand und für die Gemeinde keine Einsparung bedeuten würde. Das ist richtig. Der Mehraufwand sind hauptsächlich Papier – und Portokosten, vom einmaligen Umstellungsaufwand und EDV/Druckkosten abgesehen.

Die Finanzierung des Zweckverbandes und seines Zweckbetriebes erfolgt durch die Straßenreinigungsgebühren, die jetzt die Gemeinde

erhebt. Der Zweckbetrieb benötigt Erst- und Folgeinvestitionen. Diese dürften nicht auf die Straßenreinigungsgebühren aufgeschlagen werden, argumentiert die Verwaltung. Ist das richtig? Jede Gebührensatzung muss sich an den tatsächlichen Kosten orientieren und kann bis zu 100% dieser Kosten ausmachen. Zu diesen Kosten zählen auch Finanzierungskosten für Tilgung und Zinsen der Kredite, die für die o.g. Investitionen aufgenommen werden. Das Argument ist also nicht nachzuvollziehen.

Die Diskussion im VWA zur Kommunalisierung hat zu dem o.g. Ergebnis geführt. DIE LINKE betrachtet das als einen Teilerfolg, sieht dabei aber noch weitaus mehr Potential.

Dieser Beitrag soll Argumente öffentlich machen. Die Daseinsvorsorge ist eine gesellschaftliche Aufgabe und gehört daher nicht in die Hand einzelner profitorientierter Privatunternehmen.

Klaus Biedka



Dank an die Neuenhagener Nachtfluggegner

Mit über 3500 Stimmen, also von mehr als 30% aller Wahlberechtigten, hat Neuenhagen ein deutliches Signal für ein Nachtflugverbot von 22-6 Uhr an die Landesregierung gegeben. Lange hat die SPD generelle Ablehnung verkündet. Diesen außerparlamentarischen Druck konnte DIE LINKE auf die SPD weitergeben. Zusammen haben wir nun erreicht, dass Brandenburg den Volksentscheid annimmt. Daher wollen wir an dieser Stelle ein großes Dankeschön an alle Nachtfluggegner sagen. Ein Etappenziel ist erreicht. **bleiben wir dran!**

Einwände zur Energiewende

Als die Bundeskanzlerin vor gut einhalb Jahren die Energiewende verkündete, da waren nicht wenige Bürger völlig überrascht- am meisten wohl die Vertreter der Energiekonzerne.

Es muss sie kalt getroffen haben, denn es waren anfangs nur klägliche Versuche, die ihre Profite bedrohende Wende zu verhindern. Inzwischen haben sie sich gerappelt und wir dürfen uns noch auf einige offene und versteckte Attacken aus ihrer Ecke gefasst machen. „Die Energiewende bezeichnet den Wechsel der Energiebereitstellung von fossilen Brenn- und Kernbrennstoffen zu erneuerbaren Energien. Hierzu zählen verschiedene Formen wie Wasserkraft, Geothermie, Wind- und Sonnenenergie. Desweiteren wird die Energiewende durch die Reduktion des Stromverbrauchs, d.h. durch Energieeffizienz und Energieeinsparung vorangetrieben.“ - Zitat aus www.energiewende-heute.de/definition-energiewende.html



Quelle: b4bmittelstand.de

Was für ein faszinierendes Vorhaben: Energie aus nie versiegenden Quellen beziehen! Als Nebeneffekt - die eigentliche Ursache der Wende: Keine Angst mehr vor Kernkraftwerkskatastrophen, keinen Atommüll mehr, keine Tagebauwüsten, keine Belastung durch den Klimakiller Kohlendioxid! Wer, außer den oben genannten, kann da gegen etwas haben?

Es wird ein Argument angeführt, mit dem man uns die Freude an der Energiewende nehmen will: Der Strom wird sehr teuer (und ist doch heute schon unbezahlbar für 800 000 Bundesbürger!). Keiner wird annehmen, dass die Einführung neuer Technologien zum Nulltarif erfolgen kann. Klar kostet es etwas: Neue Trassen für den

Nord-Süd-Stromtransfer und Speicher für Spitzenlastzeiten müssen gebaut werden. Die Bundesregierung hat dafür eine Umlage eingeführt, die auf den Strompreis aufgeschlagen wird, ein Wende-Soli gewissermaßen. Leider haben es Konzerne nicht so mit der Solidarität und viele haben es geschafft, sich davon zu befreien - auf Kosten der kleinen Verbraucher, die jetzt mehr zahlen müssen.

Noch aus einem anderen Grunde zahlen wir mehr als nötig. Haben Sie schon einmal versucht, ihren Stromanbieter zu wechseln? Ich verspreche dir, liebe E.ON- edis, es nie wieder zu versuchen. Ich weiß jetzt, dass du die Netzmacht hast und entscheidest, wer ab wann von wem seinen Strom bezieht. Von wegen Anbieterwahlfreiheit! Untersuchungen haben ergeben, dass der sogenannte Endkundenmarkt nahezu ein Monopolmarkt ist und so die Preisbildung eben nicht den Marktgesetzen folgt. Im Schnitt zahlen wir über 2 Cent pro Kilowattstunde mehr, weil der Wettbewerb nicht funktioniert. Rechnen Sie mal aus, was da in einem Jahr zusammen kommt. Ihre Jahresabrechnungen liegen ja vielleicht noch vor.

Vielversprechend klingt der Vorschlag, den Verbrauch zu senken und dadurch Stromkosten zu sparen. Das ist im Prinzip richtig, wenn man noch sparen kann. Da wird klar, dass die Energiewende auch eine soziale Dimension hat. Es muss gesichert sein, dass die sogenannten prekären Haushalte überhaupt Strom beziehen können, dass ihre Grundversorgung sichergestellt ist. Das bisherige Tarifmodell, Vielverbrauchern Rabatte zu gewähren, ist da kontraproduktiv.

DIE LINKE schlägt einen Sockeltarif für die Grundversorgung vor. Das bedeutet: Jeder Privathaushalt erhält ein kostenloses an seiner Größe orientiertes Grundkontingent an Strom. Der darüber hinausgehende Verbrauch wird teurer als heute, weil die Kosten des Grundkontingents umgelegt werden müssen. Das sichert die Grundversorgung und dämmt die Verschwendung ein.

Dagegen kann man doch nichts einwenden, oder doch? Was sagen Sie denn dazu? Ich finde, man sollte darüber reden; meint

Werner Niebsch

Phrasenmäher

Wir Profiteure

Seit unserem Rückfall in das kapitalistische System gehören die Floskeln „Sie haben gewonnen!“ und „Sie profitieren“ zu den sprachlichen „Neuerungen“, die über uns hereingebrochen sind und die wir glauben sollen. Ein Zufall oder systemimmanent? Systemimmanenter Zufall.

Im Internet werde ich beispielsweise aufgefordert: „Aktualisieren Sie jetzt die Software und profitieren auch Sie von zusätzlichen Produkten, Funktionen und Leistungsverbesserungen.“ Von Geld ist dabei gar nicht die Rede. Offensichtlich ist profitieren bzw. Profit hier allgemein als „Vorteil“ oder „Nutzen“ zu verstehen. Während ich hier „auch“ profitieren soll (wer wohl noch?), meint es meine Krankenkasse ausschließlich mit mir gut: „Nur Sie profitieren! Sie können durch einen Angebotsvergleich nur gewinnen. Dieser Service ist für Sie vollständig kostenfrei.“ Da sind wir also beim lieben Geld: profitieren = gewinnen = kostenfrei. Gleich aufs Geld - diesmal für alle - zu sprechen kommt ohne lange Vorrede eine Überschrift in meiner Programmzeitschrift: „Endlich geht 's aufwärts. Mehr Geld für jeden! 2013 profitieren alle Bürger von der guten Wirtschaftslage...“

Ziemlich unpassend fand ich die Verwendung von „Profit“ in Form von „profitieren“ in einer Bemerkung des MDR-Fernsehens im Zusammenhang mit heftigen Schneefällen und -verwehungen, die sinngemäß lautete: „Während vielerorts die Wetterereignisse für Behinderungen und zusätzlichen Aufwand sorgten, profitierten die Schüler davon: Sie konnten zu Hause bleiben.“ Ob sich das auszahlt? Ebenso könnte man sagen, dass die Anwohner des BER-Flughafens davon profitieren, dass dessen Eröffnung weiter hinausgeschoben ist. Werden sie profitieren oder am Ende zuzahlen?

Wer profitiert also, wer macht Profit? In der politischen Ökonomie entspringt der Profit zurückbehaltenem Arbeitslohn. Nach Karl Marx ist die Ausbeutung die Quelle des Profits, denn er besteht in der Aneignung fremder Arbeit. Und Profit kann auf diese Weise nur erzielen, wer vorher Kapital eingesetzt hat, in der Produktion, im Handel, bei der Spekulation. Solche gibt es natürlich, sonst gäbe es gar keinen Kapitalismus. Doch diejenigen, die mit der Floskel „Sie profitieren“ belästigt werden, gehören in den allermeisten Fällen nicht dazu.

Nun, haben Sie profitiert?

Dr. Bernd Raum

Die Rente - was dürfen wir in Zukunft von ihr erwarten?

Vortrag und Diskussion zum Zustand der Rente heute, Ausblick auf morgen und wie die Parteien zur Angleichung der Ostrenten stehen.

Referentin ist **Frau Dr. Judith Kerschbaumer**, Rechtsanwältin und Leiterin des Bereiches Sozial- und Gesundheitspolitik beim Bundesvorstand der Gewerkschaft ver.di.

Die Veranstaltung findet am Montag, 29. April 2013, 16.00 Uhr beim Verband Deutscher Grundstücksnutzer e.V., Irmastraße 22, 12683 Berlin statt.

Zu den Reichstagswahlen am 5. März 1933:

Auf Anordnung des SPD-Landrates vom Kreis Niederbarnim, Schlemminger, wurden am 2. März 1933 die Neuenhagener Kommunisten Emil Krüger, Erich Bischof, Otto Stenz, Paul Grascha, Hans Meißner, Artur Kraft, Karl Sasse und Franz Dumke in Schutzhaft genommen, dem Amtsgericht Altlandsberg zugeführt und nach Berlin-Moabit überstellt.

Dieser Landrat hatte zuvor eine Kundgebung der SPD-Ortsorganisation und eine KPD-Versammlung verboten (dies war am 26. und 27. Februar 1933. Der Reichstag brannte am 27. Februar 1933).



Neuenhagener Kommunisten im Zellengefängnis Moabit 1933
(Holzschnitt von E. A. Bischof)



Aufruf- Aufruf

Konservative und Sozialdemokraten haben im Europaparlament ein Gesetz zur Privatisierung der Wasserversorgung auf den Weg gebracht. Protestieren auch Sie unter <http://www.right2water.eu/> gegen dieses Vorhaben, das ein öffentliches Gut in die Hände von Profiteuren geben will !

Lust auf Politik?

Am 22. September 2013 sind Bundestagswahlen. DIE LINKE sucht in Neuenhagen Leute mit Neugier und Interesse am Wahlkampf.

Sie selbst bestimmen, an welchen Aktivitäten Sie teilnehmen wollen: Im Wahlteam mitarbeiten, Flyer verteilen, Plakate aufhängen, bei Veranstaltungen helfen, Wählerbriefe verteilen.

Bitte melden Sie sich per E-Mail:
marian.krueger@linksfraktion.de
oder per Post:

DIE LINKE Bürgerbüro,
Ernst-Thälmann-Str. 33, 15366 Neuenhagen.

Gedenktage der Geschichte: (erarbeitet vom Sprecherrat der Historischen Kommission der Partei DIE LINKE)

Vor 300 Jahren (1713)

11. März: Der Friede von Utrecht wird geschlossen.

Vor 80 Jahren (1933)

21. März: Die Eröffnung des Reichstages wird als „Tag von Potsdam“ und als Schulterschluss zwischen dem NS-Regime und den traditionellen preußischen Eliten inszeniert.

22. März: In Dachau wird das erste KZ eingerichtet.

23. März: Die SPD stimmt gegen das

Ermächtigungsgesetz im Reichstag.

Vor 75 Jahren (1938)

12. März: Annexion Österreichs durch Nazi-Deutschland.

15. März: Nikolai Iwanowitsch Bucharin wird in der UdSSR als „Volksfeind“ hingerichtet.

Vor 70 Jahren (1943)

März: Gründung des Nationalrats der Résistance in Frankreich. Er koordiniert alle Gruppierungen des Widerstands.

23. Febr.-6. März: Die Londoner Sechsmächtekonferenz einigt sich unter Ausschluss der Sowjetunion auf ein föderatives Regierungssystem für die Westzonen.

17. März: Der Brüsseler Fünfmächtepakt (Westunion) richtet sich als erstes Nachkriegsbündnis gegen die Sowjetunion.

31. März: Egon Erwin Kisch (der rasende Reporter) gestorben.

Vor 30 Jahren (1983)

6. März: Den Grünen gelingt erstmals der Einzug in den Deutschen Bundestag (5,6 %).

23. März: US-Präsident Ronald Reagan kündigt in einer Fernsehansprache (Star Wars-Speech) die Entwicklung eines strategischen Verteidigungssystems und damit eine neue Runde des Wettrüstens an.

Vor 10 Jahren (2003)

20. März: Beginn des 3. Golfkrieges.

Heute: Neuenhagen in der Berliner Morgenpost 1925

dass Neuenhagen schon vor fast 90 Jahren ein attraktiver Ort für Besucher und Touristen war? Das wird durch einen Artikel in der „Berliner Morgenpost“ aus dem Jahre 1925 belegt, in dem es enthusiastisch heißt:

„Das Leben hier konzentriert sich auf das freundliche, unerhört saubere Neuenhagen, das mit seinen Villen und

heit geben Neuenhagen sein Gepräge. Ein streng kontrolliertes Gemeindestatut wahrt den Charakter des Ortes als Gartenstadt. Villen und Gärten, Gärten und Villen und weit und breit keine industrielle Anlage. Selten wird die Eigenart eines Ortes so liebevoll und konsequent gewahrt wie in Neuenhagen. Man erreicht ihn leicht, wandert an den schönen Villen und parkartigen Gärten,

von keinem Stullenpapier beschmutzte Frische der Natur. Die Neuenhagener könnten ganz glückliche Menschen sein. Um wie vieles ist es da draußen schöner, eigenartiger, zielbewusster im Lebensrhythmus, freier, reiner im landschaftlichen Reiz als im populären Westen.“

Welch eine freundliche und liebevolle Beschreibung unseres Ortes und welche Forderung, ein solches Ortsbild zu erhalten und weiter auszugestalten. Aber es wird wohl noch einiges zu tun sein, um den Stand von 1925 zu erreichen!

Dr. E. Siek



Quelle: www.neuenhagen-bei-berlin.de

entzückenden Siedlungshäusern jede Konkurrenz mit Orten der westlichen Umgebung Berlins aufnehmen kann. Der ganze Zuschnitt als Villenkolonie und die Atmosphäre der Wohlhaben-

an dem unerhört würdigen, auf freie Wiese vor eine Pappelkulisse gesetzten Kriegerdenkmal vorbei. Und Neuenhagen hat die süße, von keiner Massenvandierung aufgeschauuchte Ruhe, die

Berichtigung:

In der Januar-Ausgabe wurde im Beitrag von Helga Pietschmann „Haushalt 2013 auch mit unserer Stimme beschlossen“ als Name der neuen Kämmerin **Evelin Hauch** genannt. Das ist falsch. Frau Hauch ist im Fachbereich Bauverwaltung und öffentliche Ordnung tätig. Die neue Kämmerin ist Frau **Anja Hauche** im Fachbereich Verwaltungssteuerung und Finanzen. Wir bitten die Namensverwechslung zu entschuldigen.

Unsere Buchtipps für Sie



Volker Seitz
**Afrika wird armregiert
oder Wie man Afrika wirklich
helfen kann**

Deutscher Taschenbuch-
Verlag
ISBN-13: 978-3423249386

17 Jahre war der deutsche Diplomat Volker Seitz auf Posten in Afrika, zuletzt als Botschafter

in Kamerun. Er hat die Ergebnisse der Entwicklungspolitik sehr genau vor Ort beobachten können. Er plädiert für eine radikale Veränderung dieser Politik. Er plädiert dafür, auf die Gedanken der Afrikaner und Afrikanerinnen zu hören, die wissen, was für ihre Länder gut ist.

Dieses Buch ist ein überzeugendes Plädoyer für eine Entwicklungshilfe, die sich an den Interessen der afrikanischen Bevölkerung orientiert und nicht an den Interessen der in den Ländern jeweils herrschenden Klassen.



Carolin Deitmer
**Tuaregkonflikte in Mali und
Niger**

Verlag: Grin Verlag
ISBN: 978-365615539

Nach längerer Friedenszeit flammten im Januar 2012 in Mali erneut Konflikte zwischen der Regierung und vermutlich

von Tuareg geführten Rebellengruppen auf. Die Geschehnisse brachen ein Friedensabkommen, das 2009 zwischen Rebellengruppen und den beiden westafrikanischen Staaten Mali und Niger geschlossen worden war. Wenig bekannt sind die zahlreichen gewaltsamen Aufstände gegen die jeweiligen Regierungen. Auch die Kolonialherren konnten die Aufstände nicht gänzlich befrieden. Nach der Unabhängigkeit von ihren kolonialen Mutterländern kam es schließlich in beiden Staaten zu Bürgerkriegen, die Anfang der 1990er Jahre ihren Höhepunkt erfuhren.

Das Bürgerbüro der LINKEN in der Ernst-Thälmann-Str. 33 ist geöffnet:

dienstags von 13 - 18 und sonnabends nach Vereinbarung



Impressum

ANSICHTEN - AUSSICHTEN
Herausgeber: Ortsorganisation
Neuenhagen der Partei
DIE LINKE, Marian Krüger
c/o Bürgerbüro
Ernst-Thälmann-Str. 33
15366 Neuenhagen

Die Zeitung wird durch Spenden finanziert.

Veröffentlichte Zuschriften müssen nicht mit der Auffassung der Redaktion übereinstimmen.